

Bankenrettung kann teuer sein. Oder auch nicht

Mehr als ein halbes Jahrzehnt nach Ausbruch der schweren Finanzkrise in den USA und in Westeuropa ist es Zeit für einen Kassensturz. Was hat die Rettung der Banken tatsächlich gekostet? Die Antwort darauf ist unbefriedigend: Wir wissen es nicht so genau. Wir können nur eine vorläufige Antwort geben.

Zunächst einmal die wesentlichen Eckdaten

Der Bankensektor wurde in der Europäischen Union zwischen Oktober 2008 und Dezember 2011 mit der gewaltigen Summe von 1,6 Bill. Euro gestützt. Diese Summe entspricht 13% des gesamten BIP der Europäischen Union. Für Bürgschaften, also für staatliche Garantien von Bankanleihen wurden davon insgesamt 994 Mrd. Euro genutzt. Von diesen Garantien wurde allerdings der größte Teil nicht schlagend.

Tatsächlich schlagend wurden hingegen rund 600 Mrd. Euro, von denen 200 Mrd. Euro als Liquiditätsmittel an die Banken flossen, während die restlichen 400 Mrd. Euro als Kapitalhilfen an die Banken gingen. Damit wurde die regulatorisch erforderliche Eigenkapital-Quote sichergestellt; und es wurden erforderliche Abschreibungen auf zweifelhafte Kredite, toxische Wertpapiere und nicht werthaltige Beteiligungen finanziert. Darunter fallen alle direkten Beteiligungen von Staaten an Banken, aber auch die Einrichtung von Abwicklungsbanken und sogenannten Bad Banks.

Über 50% der Gesamtkosten der Bankenrettung entfielen auf lediglich drei Länder: Am teuersten war die Bankenrettung in Großbritannien mit umgerechnet 300 Mrd. Euro, gefolgt von Irland und Deutschland mit jeweils etwa 250 Mrd. Euro Kosten. In den letzten Jahren kamen die Kosten der Rettung spanischer, griechischer, zypriotischer und slowenischer Banken hinzu. Die teuerste Bankenrettung des Jahres 2014 betrifft hingegen Österreich, denn die Abwicklung der Hypo-Alpe-Adria wird die Steuerzahler in Summe mindestens 10 Mrd. Euro kosten.

Alle genannten Summen sind vorläufig

Wie viel es unterm Strich tatsächlich kostet, wissen wir erst, wenn das letzte toxische Papier verkauft oder abgeschrieben ist – und wenn der letzte vergebene Kredit zurückgezahlt oder als uneinbringlich eingestuft und die Besicherung verwertet ist. Aber es gibt Schätzungen, mit welchen Gewinnen und Verlusten die Staaten bei ihren Direktbeteiligungen, beim gewährten Partizipationskapital, bei Garantien und bei den Abwicklungsbanken rechnen können. Für Deutschland liegt die Schätzung der Kosten für den Steuerzahler bei 30 bis 70 Mrd. Euro. Die Schweiz lukrierte bei ihrer Rettung der UBS hingegen einen Gewinn von 1,2 Mrd. Euro, als sie die vom Staat gezeichneten Aktien wieder verkaufte. Noch besser ist den USA der Ausstieg gelungen: Dort wurden alle großen Banken mit insgesamt 250 Mrd. Dollar zwangsweise rekapitalisiert. Diese Beteiligungen wurden mit 5% p.a. verzinst und inzwischen mehrheitlich mit Gewinn wieder verkauft.

Die Verbindlichkeiten von verstaatlichten Abwicklungsanstalten und Bad Banks erhöhen unmittelbar die von der Eurostat berechneten Staatsschulden. Denn diese Verbindlichkeiten werden nicht mit dem durch die Übernahme der Risikoaktiva gestiegenen Finanzvermögen des Staates gegengerechnet. Dadurch können sich im Fall eines schlechteren Ratings auch die Finanzierungskosten für die Staatsschulden dieser Länder erhöhen.

Abgerechnet wird bekanntlich erst am Schluss. Doch wir wissen schon jetzt: Die Gesamtkosten der Bankenrettung sind ganz sicher kleiner als die in diversen Schlagzeilen immer wieder genannten Maximalbeträge. Doch sie bleiben beträchtlich.